

verstärken. Zunächst soll ein Überwachungskomitee eingerichtet werden, das eine wichtige Rolle beim Schutz von staatseigenen Vermögenswerten spielen soll. Auch die Unternehmensführung und sonstige Kontrollmechanismen müssten verbessert werden.

Zu den zentralen Problemen zählt Huang Danhua von der SASAC Disziplin-Inspektionskommission die Korruption in großen Staatsunternehmen. Huang kritisiert, dass eine Reihe leitender Beamter in den großen Staatsunternehmen die Regeln nicht befolgt und die eigene Position im Interesse ihrer Verwandten ausnutzt, gegen Entscheidungsmechanismen verstößt, sich staatliches Eigentum in Management Buy Outs oder bei sonstigen Vermögenstransaktionen illegal aneignet oder Bestechungsgelder annimmt.

Li Rongrong betonte Mitte Januar 2005 nochmals, dass Management Buy Outs in großen Staatsunternehmen nicht erlaubt sind. Lediglich kleine und mittelgroße Staatsunternehmen könnten diese Methode zum Transfer von Eigentumsrechten einsetzen, allerdings innerhalb klar vorgegebener Richtlinien. Wichtig sei dabei, dass Vorschläge zum Eigentumstransfer von unabhängigen Intermediären und nicht vom betroffenen Management kommen. Weiterhin sei es potenziellen Käufern von Anteilen eines Staatsunternehmens untersagt, von diesen Unternehmen Geld zu leihen.

Um die Kontrolle der unterstellten Unternehmen zu stärken, will die SASAC ein „Business Budget Management Bureau“ und ein „Audit Bureau“ einrichten, die beide Mitte Januar ihre Arbeit aufnehmen sollen. Hierdurch soll ein direkter Einfluss auf die 181 der SASAC unterstellten Unternehmen ausgeübt werden können, mit denen die SASAC einen Performanz-Vertrag abgeschlossen hat.

Dass eine stärkere Kontrolle erforderlich ist, zeigt auch das Ergebnis der letzten Überprüfung der Unternehmen durch die SASAC. So haben 13 der Unternehmen falsche Angaben in ihren Finanzberichten ge-

macht und weitere 120 Unternehmen haben unvollständige Finanzberichte abgeliefert.

Dem Bericht der SASAC nach haben 40 Staatsunternehmen im Jahre 2004 rd. 10% ihrer gesamten Vermögenswerte und weitere 40 Unternehmen rd. 20% ihrer Vermögenswerte verloren. Das große Problem bei diesen Fällen war aus Sicht der SASAC die Tätigkeit der Finanzberatungsunternehmen, die die Staatsunternehmen eingesetzt haben. Ein großer Teil dieser Finanzunternehmen würde nicht seine Aufgaben erfüllen, sondern die Unternehmen bei der Verschleierung von Fakten unterstützen, da sie von diesen bezahlt werden. („Lessons from the CAO Scandal“, *China Daily*, 23.12.04, www.china.org.cn, Aufruf: 13.2.05; „China Seeks to Curb Corruption in SOEs“, Xinhua News Agency, 25.1.05, china Internet Information Center, <http://service.china.org.cn>, Aufruf: 13.2.05; „China to Regulate Transfer of State Property“, China Internet Information Center, <http://service.china.org.cn>, Aufruf: 13.2.05; FAZ, 28.12.04; SCMP, 6.1.05; XNA, 12.1.05; WSJ, 12.1.05) -schü-

lenwert einräumte. Dies muss vor allem auf die Rüge der Zentralregierung in Beijing durch Staats- und Parteichef Hu Jintao im Dezember 2004 zurückgeführt werden (vgl. C.a., 2004/12, Ü 27).

Hatte Hu anlässlich des fünften Jahrestages der Rückgabe Macaus an die VR China von Tung gefordert, sich zum einen die eigenen Unzulänglichkeiten bewusst zu machen und zum anderen darauf mit einer verbesserten Regierungsfähigkeit und mehr Volksverbundenheit zu reagieren, so legte Tung in seinem Programm für 2005 gerade auf diese Thematik besonderes Gewicht. Er gab zu, dass seine Regierung in den letzten Jahren versäumt habe, auf die Bedürfnisse der Hongkonger Bevölkerung einzugehen, und bescheinigte ihr einen Mangel an politischer Sensibilität, Erfahrung und Leistungsfähigkeit. Zur Demonstration seiner Volksverbundenheit wies er auf elf Problembereiche hin, die gemäß seiner Konsultationen höchste Priorität für die Bevölkerung besäßen und daher im Blickpunkt der zukünftigen Regierungsarbeit stehen werden.

Inhaltlich unterschieden sich diese elf identifizierten Problemfelder zum Großteil jedoch nicht von denen, die Tung bereits in den Vorjahren als besonders förderungswürdig erachtet hatte – augenscheinlich ohne große Fortschritte erzielt zu haben. Hierzu zählen: der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Umweltschutz, mehr Investitionen in Bildung, die Errichtung eines Kulturzentrums in West-Kowloon und die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Neu hinzugekommen sind hingegen die Bereiche Finanzierung des Gesundheitssystems, Bevölkerungspolitik, Sicherung eines fairen Wettbewerbs, Einführung einer Waren- und Dienstleistungssteuer, städtische Bauprojekte und Hilfe für Arme und Bedürftige. Selbst die Ankündigung, die Effizienz der Regierung zu verbessern und damit das Vertrauen in die Regierungsfähigkeit zu stärken, wurde bereits in der Regierungserklärung von 2004 gemacht – allerdings ebenso ohne großen Erfolg erzielt zu haben, wie die Mas-

SVR Hongkong

Günter Schucher / Katrin Willmann

33 Achte Regierungserklärung Tung Chee-hwas – Selbstkritik und Mangel an Visionen

Am 12. Januar hielt der Regierungschef der SVR Hongkong Tung Chee-hwa vor der Legislativversammlung seine jährliche Regierungserklärung (*shizheng baogao* bzw. *policy address*) ab, die in diesem Jahr unter dem Titel „Working Together for Economic Development and Social Harmony“ stand. Inhaltlich unterschied sie sich kaum von den vorangegangenen Regierungserklärungen, auch wenn Tung in diesem Jahr der Selbstkritik einen besonderen Stel-

senproteste im Juli 2004 und die Wahlen zur Legislativversammlung im September 2004 gezeigt hatten (vgl. C.a., 2004/7, Ü 25, 2004/9, S. 1005-1014). Auf das Problem, das der Mehrheit der Hongkonger Bevölkerung ganz besonders am Herzen liegt, ging der Regierungschef allerdings nur ganz oberflächlich ein. Die Einführung allgemeiner Direktwahlen würde gemäß des Hongkonger Grundgesetzes (*Basic Law*) „at an early date“ umgesetzt werden. Tung legte sich also erneut nicht auf einen genauen Zeitplan für eine Demokratisierung des Wahlsystems fest, der von vielen politischen Akteuren immer wieder gefordert wird.

Ogleich Tung in seiner Regierungserklärung darum bemüht war, Optimismus zu verbreiten, indem er das Erreichen des wirtschaftlichen Wachstumsziels von 7,5% und den Rückgang der Arbeitslosenquote von 8,6% im Jahr 2003 auf nun 6,7% hervorhob, kann der weitere Inhalt seiner Rede nicht darüber hinwegtäuschen, dass konkrete Planungen zur Beseitigung der z.T. wiederholt identifizierten Missstände fehlen. Lediglich zur Bekämpfung der Armut wurde die Bildung einer Sonderkommission angekündigt. Es ist allerdings kaum anzunehmen, dass dieser Schritt zur Vertrauensbildung bei der Hongkonger Bevölkerung ausreichen wird. Zu sehr war gerade in den letzten Monaten die Tung-Regierung u.a. wegen des Fehlschlagens einiger Prestigeobjekte von der Öffentlichkeit kritisiert worden (vgl. folgende Dokumentation).

Die Zentralregierung reagierte erwartungsgemäß positiv auf Tung Chee-hwas Initiativen. Die politischen Akteure in Hongkong äußerten sich hingegen eher verhalten. Zwar honorierten sie die erstmalige umfassende Selbstkritik am eigenen Regierungsstil, kritisch beurteilte aber insbesondere das pro-demokratische Parteienlager die fehlenden konkreten Handlungsansätze zur Verbesserung der schwachen Regierungsfähigkeit. Besonderen Unmut über die Regierungsarbeit Tung Chee-hwas tat der Regierungskritiker und Abgeordnete der Legislativversammlung Leung Kwok-hung be-

reits kurz vor der Vorstellung der Regierungserklärung kund. Er kritisierte, dass Tung nur von einem 800-köpfigen Wahlkomitee gewählt worden sei. Dies sei nicht repräsentativ, daher habe er kein Recht, eine Regierungserklärung abzugeben. Außerdem arbeite Tung vornehmlich für die Interessen der Hongkonger Geschäftsleute. Die Sitzung wurde erst nach kurzer Unterbrechung fortgesetzt.

Im Gegensatz zum Vorjahr blieben in diesem Jahr die begleitenden Großdemonstrationen für eine umfassende Reform des Wahlrechts am Neujahrstag aus. Aufgrund des Tsunami wurde der von pro-demokratischen Gruppierungen organisierte Protest in diesem Jahr auf den 23. Januar verschoben. Die Organisatoren sehen darin den einzigen Grund dafür, dass in diesem Jahr nur ca. 2.000 Demonstranten mobilisiert werden konnten. Im Vorjahr waren es noch 100.000 gewesen (vgl. C.a., 2004/1, Ü 28). (Regierungserklärung im vollen chinesischen und englischen Wortlaut unter: <http://www.policyaddress.gov.hk/2005/chi/pdf/speech.pdf> bzw. <http://www.policyaddress.gov.hk/2005/eng/pdf/speech.pdf>; SCMP, 12., 13., 14., 17., 18., 24., 27.1.05; ST, 13., 14.1.05; RTHK, Radio 3, 23.1.05, nach BBC PF, 24.1.05; IHT, 13.1.05; WSJ, 13.1.05; NZZ, 13.1.05; XNA, 12.,15.1.05) -kw-

34 Überraschender Rücktritt des Chefs des Hongkonger Civil Service – weiterer Imageschaden für die Tung-Regierung

Am 6. Januar überraschte der Leiter des Büros des Hongkonger Regierungschefs, Lam Woon-kwong, mit der Bekanntgabe seines Rücktritts. Damit verlor *Chief Executive* Tung Chee-hwa einen seiner engsten Mitarbeiter, der ihn seit Beginn seiner Amtszeit 1997 in seiner Regierungstätigkeit unterstützt hatte.

Lam begann 1974 mit seiner Tätigkeit für den *Civil Service*. Im Kabinett des Regierungschefs Tung Chee-hwa war er zunächst als *Secretary of Civil Service* beschäftigt

und später als *Secretary of Home Affairs*. Im Zuge der Kabinettsumbildung und Einführung des Ministerialsystems im Juni 2002 wurde er schließlich zum Leiter des Büros des Regierungschefs.

Zu Spekulationen führte der Grund seines Rücktritts bei der Hongkonger Presse. Diese nannte zum einen die Ablehnung eines Visums für den Bürgermeister von Taibei, Ma Ying-jeou, welche zu diplomatischen Verstimmungen geführt hatte. Ma soll demnach seinen vom 11. bis 13. Januar geplanten Besuch in Hongkong abgesagt haben, weil ihm Hongkonger Behörden ein Einreisevisum verweigert haben sollen. Zum anderen könnte der Grund für Lams Rücktritt in einem Bericht der *Sunday Weekly* über eine mögliche Liebesaffäre inklusive diesbezüglicher Fotografien liegen. Ohne auf die Vorwürfe einzugehen, gab Lam zu seinen Beweggründen bekannt, dass er den Ruf des Regierungschefs nicht mit Negativschlagzeilen aus seinem Privatleben schädigen wolle.

Damit trat seit Einführung des Ministerialsystems im Juni 2002 zum vierten Mal ein enger Mitarbeiter der Tung-Regierung zurück. Politische Beobachter sehen darin einen weiteren Imageschaden für die ohnehin in die Kritik geratene Hongkonger Regierung. In den vergangenen Monaten beschädigte bereits die rechtliche Niederlage bei dem Versuch, den Link Real Estate Investment Trust (Link REIT) zu privatisieren und an die Börse zu bringen, den Ruf und die Glaubwürdigkeit der Regierung. Durch das Scheitern in letzter Sekunde verlor die Hongkonger Regierung bis jetzt schätzungsweise 12,9 Mio. US\$. Kritiker machen fehlende öffentliche Konsultationen für diese Niederlage verantwortlich. Zudem konnte der Bau eines gigantischen Kulturzentrums in West-Kowloon, für den sich die Tung-Regierung seit 1998 einsetzt, bisher wegen des großen öffentlichen Protestes nicht realisiert werden. (SCMP, 7., 8., 10.1.05; SCMP, 7.1.05, nach BBC PF, 8.1.05; WSJ, 10.1.05; FT, 6.1.05; XNA, 7.1.05) -kw-

35 Tung verspricht Hilfe für Arme und Bedürftige

Regierungschef Tung Chee-hwa hat in seiner diesjährigen Regierungserklärung seine tiefe Besorgnis über die Lage der Armen in Hongkong ausgedrückt, die aufgrund der Globalisierung ihren Arbeitsplatz verloren haben. Für einige Familien mit niedrigem Einkommen habe sich die Lage im Laufe der letzten Jahre verschlechtert. Als politische Vision setzte er diesem Trend an erster Stelle die Förderung des Wirtschaftswachstums und die Schaffung neuer Arbeitsplätze entgegen. Weiter wolle man durch Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen die Menschen in die Lage versetzen, die gegebenen Möglichkeiten besser zu nutzen und sich selbst aus der Armut zu befreien. In diesem Sinne würden staatliche Mittel für den öffentlichen Wohnungsbau, für Gesundheitsversorgung sowie Bildung und Wohlfahrt bereitgestellt, um den Bedürftigen ein verlässliches soziales Grundsicherungsnetz zu knüpfen. Auch direkte Unterstützungszahlungen seien angesichts des schnellen ökonomischen Wandels notwendig. Diese – so heben auch Kommentatoren hervor – stehen im Maßnahmenkatalog Tungs an unterster Stelle. Spezielle Beachtung finden in der Regierungserklärung die Kinder armer Familien, ältere Menschen und Behinderte. Für Ältere z.B. sollen die Begrenzungen gelockert werden, auch bei einem Alterswohnsitz in Guangdong oder Fujian Renten zu beziehen. Um aus einer Makroperspektive die Situation der Armen zu analysieren und Maßnahmen zur Armutsbekämpfung zu planen, wird die Regierung eine Kommission unter dem Vorsitz des Finanzministers einrichten, die aus Regierungsbeamten, Rechtsberatern, Geschäftsleuten, Wissenschaftlern und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen bestehen soll.

Dass die Frage der Armut von der Regierung so betont wird, ist u.a. auf alarmierende Zahlen zu Armut und Ungleichheit zurückzuführen, die einen Anstieg sozia-

ler Unzufriedenheit befürchten lassen. Nach Weltbank-Kriterien waren 2003 über 11% der Hongkonger Bevölkerung arm und die Einkommensungleichheit ist die höchste in entwickelten Ländern. Dem *World Development Index 2002* der Weltbank zufolge rangiert Hongkong mit einem Gini-Koeffizienten von 0,522 weltweit an 18. Stelle (den höchsten hat Sierra Leone mit 0,629). Nach Angaben der Gewerkschaft ist die Lage noch dramatischer; danach befanden sich 1991 über 900.000 Hongkonger in Armut, 2001 aber 1,3 Mio. (ca. 19%). 30 von 100 Kindern leben in armen Haushalten.

Die Gewerkschaft befürchtet auch, dass – entgegen der Regierungsstrategie – ohne einen garantierten Mindestlohn die weitere wirtschaftliche Entwicklung an dieser Situation nichts ändern wird, haben doch rund 60% der armen Haushalte noch Arbeit. Dieser Zweifel wird auch durch wissenschaftliche Untersuchungen genährt. Danach ist der Gini-Koeffizient seit 1976, also in der Phase der Industrialisierung und Entwicklung Hongkongs, kontinuierlich gestiegen. (<http://www.policyaddress.gov.hk/2005/eng/pdf/speech.pdf>; SCMP, 10.1.05; XNA, 12.1.05; *Standard*, 4.10.04, www.thestandard.com.hk; Zhao Xiaobin et al.: „Income Inequalities under Economic Restructuring in Hong Kong“, *Asian Survey*, 44 [2004] 3, S. 442-473) -gs-

36 Bildungsinvestitionen sollen steigen

„In our transition to a knowledge-based economy, we will insist on substantial investment in education“ – mit diesen Worten leitete Regierungschef Tung in seiner diesjährigen Regierungserklärung den Abschnitt zur Bildung ein. Die Reformen zeigten bereits erste Erfolge, das Bildungssystem sei flexibler und vielfältiger geworden und die Schüler und Studenten würden glücklicher und effektiver lernen.

Im Jahre 2000 sei das Ziel ausgegeben worden, 60% der Abgänger von Sekundarschulen in die Hoch-

schulen zu bringen; hier sei man von damals 30% auf derzeit 53% schon weit vorangekommen. Bis 2007 sollen auch die Möglichkeiten an lokalen Universitäten ausgeweitet werden, dass Absolventen der „Associate Degree“-Programme weiter studieren können. Diese Programme waren vor vier Jahren eingerichtet worden, um mehr Schüler für ein Hochschulstudium zu gewinnen. Der Abschluss wird nach einem Studienjahr vergeben und soll sowohl den Berufseinstieg als auch ein Weiterstudium an eigenen oder ausländischen Hochschulen ermöglichen; allerdings scheint die Akzeptanz des Abschlusses von Beginn an problematisch gewesen zu sein.

Die öffentliche Reaktion auf die Regierungspläne für eine „3+3+4“-Struktur von Schule und Studium (drei Jahre untere Sekundarstufe, drei Jahre obere Sekundarstufe und vier Jahre Studium, vgl. C.a., 2004/10, Ü 39) war laut Tung positiv. Die bestätigte auch Bildungsminister Li, wies aber darauf hin, dass 30% der Schulen die Änderung erst ein Jahr später, nämlich 2009 wünschen. Tung und Li kündigten ebenfalls an prüfen zu lassen, ob „kleine Klassen“ ein besseres Lernen ermöglichen. Erst am 9. Januar hatte als erste von fünf geplanten Protestveranstaltungen ein Sit-in von 5.000 Lehrern, Schülern und Eltern stattgefunden, die kleinere Klassen forderten.

Bildungsinvestitionen gelten auch als ein Mittel zur Senkung der Armut in Hongkong. Hier soll nicht nur die Schulbildung für Kinder armer Familien gesichert werden, diese sollen durch ein „Head Start Programme“ mit zusätzlichen 10 Mio. HK\$ bereits in Krippen und Kindergärten Unterstützung erfahren. Dass Armut umgekehrt Bildungswege blockiert, machte eine Untersuchung der Hong Kong Federation of Youth Groups deutlich, der zufolge das Selbstvertrauen junger Menschen aus armen Familien, ein hohes Bildungsniveau erreichen zu können, geringer ist als das derjenigen aus wohlhabenden Familien. Gehen in beiden Gruppen 70% davon aus für ein Hochschulstudium

qualifiziert zu sein, so glauben doch nur 34% der ersten Gruppe (gegenüber 49% der zweiten), dass sie diesen Traum verwirklichen können. (<http://www.policyaddress.gov.hk2/005/eng/pdf/speech.pdf>; http://www.legco.gov.hk/yr00-01/english/panels/ed/ed_psec/papers/1664e01.pdf; SCMP, 8., 10., 21.1.05) -gs-

37 Atemnot in Hongkong

Hongkong werde in den nächsten Jahren die Zusammenarbeit mit der Provinz Guangdong in der Luftreinhaltung verstärken, erklärte Tung in seiner Regierungserklärung. Er nahm damit Bezug auf ein immer dringender werdendes Problem, das inzwischen – neusten Umfragen zufolge – nach Bildung und Gesundheit auf Platz Drei der Prioritätenliste Hongkonger Bürger steht. Die Luftverschmutzung hat in den letzten Jahren extrem zugenommen. Die Konzentration der lungengängigen Aerosole in der Luft (*respirable suspended particulates*, rsp) war 2004 der höchste seit 1996, der rsp-Wert erreichte 71 Mikrogramm per Kubikmeter Luft, 16% mehr als im Vorjahr. Nach Ansicht von Experten verkürzt sich dadurch die Lebenserwartung der Hongkonger um 16, wenn nicht gar um 20 Jahre. Auch die schlechte Sicht erreichte 2004 nach Angaben des Hongkonger Observatoriums einen Rekord: An 18% der Jahrestage fiel die Sichtweite auf unter 8 km. Wie sich dieses Problem in den letzten beiden Jahrzehnten verschlimmert hat, machen folgende Zahlen deutlich: Von 1968 bis 1986 reduzierte sich die Sichtweite per Dekade um 0,8%, von 1986 bis 2004 aber um 5,7%.

Ursache dafür ist die Luftverschmutzung durch Kraftwerke, Autos, Fabriken und offene Feuer. Zu 80% wird sie nach Angaben der Hongkonger Behörden aus der Volksrepublik, d.h. aus der Provinz Guangdong, nach Hongkong geweht. Und obwohl dort nach Angaben von Provinzgouverneur Huang Huahua z.B. 700 kleinere Zementwerke und eine Reihe kleinerer Kraftwerke stillgelegt bzw. ins Landesinnere verlegt wurden, dürfte

sich die Luftqualität nicht so schnell verbessern. Erst wenn auch größere Verschmutzer Filteranlagen eingebaut haben, so die Hongkonger Ministerin für Umwelt, Verkehr und Bau Sarah Liao Sau-tung, könnte sich in zwei Jahren eine Besserung ergeben. Problematisch ist der große Energiebedarf in China, weshalb dort z.B. viele Kleinkraftwerke angesichts sich häufender Stromrationierungen wieder ihren Betrieb aufnahmen, die von der Regierung 2003 vom Netz genommen worden waren. Nicht förderlich dürfte auch sein, dass sich Südchina und Hongkong in Zukunft wieder auf Kohle als Energieerzeuger konzentrieren werden, nachdem geplante Gaslieferungen von der Insel Hainan ausblieben.

Beide Regierungen wollen die Nutzung von Rauchgasentschwefelungsvorrichtungen erhöhen und im gesamten Perlflossdelta ein Netz von Messstationen aufbauen. Im 2002 unterzeichneten „Pearl River Delta Regional Air Quality Management Plan“ haben sie sich verpflichtet, die Emissionen gemessen am Jahr 1997 bis 2010 je nach Schadstoffart um 20 bis 55% zu reduzieren. Guangdong müsste danach bis Ende 2005 alle Anlagen unter 50 MW schließen, Kritiker erwarten allerdings aufgrund der Energieknappheit eine Verlängerung der Frist. (WSJ, 15.12.04; SCMP, 3., 6., 17., 22., 25.1.05; NfA, 19.1.05) -gs-

SVR Macau

Liu Jen-Kai

38 Portugals Präsident Sampaio besucht Macau

Portugals Präsident Jorge Sampaio traf am 16. Januar zu einem zweitägigen Besuch in Macau ein. Die SVRM war die letzte Station seines Staatsbesuchs in China. Sampaio wurde vom geschäftsführenden stellvertretenden Gouverneur von Guangdong Tang Bingquan nach Macau begleitet. Zu Sampaios

Entourage gehörten Außenminister António Monteiro, Wirtschaftsminister Álvaro Barreto und über 100 Unternehmer. Sampaio war das letzte Mal im Dezember 1999 zur Übergabezeremonie nach Macau gekommen. Auf seinem Programm standen diesmal Gespräche mit Macaus Regierungschef Edmund Ho, ein Bankett von Edmund Ho zu seinen Ehren und ein Mittagessen von Wirtschafts- und Finanzminister Francis Tam: Sampaio selbst gab einen Empfang für die portugiesische Gemeinde. Der Präsident besichtigte einige der berühmten Wahrzeichen Macaus und besuchte das portugiesische Generalkonsulat, das Portugiesische Institut des Orients (Instituto Português do Oriente [IPOR], die 1989 gegründete Einrichtung widmet sich der Erhaltung und Förderung der portugiesischen Sprache und Kultur in Asien) und die Portugiesische Schule von Macau (Escola Portuguesa de Macau, sie bietet seit dem Studienjahr 1998/99 portugiesische Lehrpläne der Grund- und Sekundarstufe an). Die portugiesische Gemeinde klagt, Portugals Erziehungsministerium vergesse seine Pflicht gegenüber der Schule. Das passt zum Gefühl der Portugiesen in Macau, Lissabon habe sich nach der Rückgabe Macaus von ihnen abgewandt.

Präsident Sampaio sagte beim Zusammentreffen mit Edmund Ho, Macau sei der Beweis für den Erfolg des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“, und ein Grund für den Erfolg Macaus sei die Arbeit des Regierungschefs. Die beiden Politiker tauschten sich über Macaus Rolle als Brücke zu den portugiesischsprachigen Ländern aus. Vor seiner Chinareise hatte Sampaio in einem Interview die Zuversicht geäußert, dass Macau weiterhin seine Rolle als „Begegnung der Kulturen“ spielen werde und Macau und Hongkong „einen besonderen Weg der Arbeitsteilung finden“ könnten.

Jorge Sampaio und Edmund Ho wohnten am 17. Januar der Unterzeichnung eines Memorandums über die Zusammenarbeit der Caixa Bank of Investment (Caixa), eine Tochtergesellschaft der Caixa Ge-